



Stellungnahme nach § 8 TEHG des Umweltnetzwerkes *European Committee For A Constructive Tomorrow (CFACT Europe)* zum Entwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 13. 04. 2006 für den 2. Nationalen Allokationsplan von 2008 bis 2012

1. Vorbemerkung

Ein effektiver Umweltschutz ist nur unter Einhaltung wissenschaftlicher Standards sowie bei Anwendung moderner Technologien und technischer Innovationen möglich.

Umweltpolitische Maßnahmen müssen zudem tradierten ethischen Standards unterworfen werden und sozial ausgewogen sein.

Soziale und ökonomische Realitäten müssen stets Referenzpunkte umweltpolitischen Handelns sein.

Solche Maßnahmen, die nur als industriefeindlich bezeichnet werden können und die unter anderem zum Abbau von Arbeitsplätzen führen, negieren nach Auffassung von CFACT Europe nicht nur diese Prämissen, sondern führen letztlich auch zu weniger Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Zu diesen Maßnahmen gehört nach Auffassung von CFACT Europe insbesondere der Emissionshandel in der Europäischen Union.

2. Grundsätzliche Bewertung des EU-Emissionshandels

Anders, als von vielen Politikern und Umweltschützern intendiert, ist der Emissionshandel mittlerweile vor allem zu einem Feld für Spekulationsgeschäfte geworden.

Die Preissprünge bei den Emissionszertifikaten im April und Mai 2006 weisen auf schwerwiegende Mängel des EU-Zertifikatemarktes hin.

Auswirkungen des Emissionshandels auf das Klima lassen sich dagegen **nicht** feststellen:

- Eine Verringerung des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre ist nicht meßbar. Nach Angaben des Bundesumweltamtes beträgt der Anteil des anthropogenen Kohlendioxids in der Atmosphäre nur 1,2 %.
- Während die Treibhausgasemissionen der nicht am Kyoto-Abkommen beteiligten USA seit 1997 bei signifikant wachsender Wirtschaft und Bevölkerung um 0,8 % sanken, stiegen die Treibhausgasemissionen der EU bei stagnierendem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum nach Aussage der EU-Kommission weiter an.
- Es ist unwahrscheinlich, daß die partiellen Emissionsreduktionen der ersten Kyoto-Periode, etwa in Deutschland und Großbritannien, auf den Emissionshandel zurückgeführt werden können, da die entsprechenden EU-Statistiken unvollständig sind und entsprechende Studien fehlen.

- Viel naheliegender als Ursache für den Rückgang der Emissionen ist u.a. der Zusammenbruch der DDR-Kombinate und das Ende der braunkohlebasierten Energieproduktion in den neuen Ländern nach dem Stichtag 1990.
- Die Erfüllung der Kyoto-Ziele durch Deutschland würde nach übereinstimmender Meinung der Wissenschaft zu einer Absenkung der globalen Jahrestemperatur um nur 0,0025 °C führen.
- Der komplexe Zusammenhang zwischen globaler Erwärmung und dem Vorhandensein bestimmter Gase in der Atmosphäre ist nach wie vor nicht vollständig wissenschaftlich erforscht. Die dem Kyoto-Abkommen zugrundeliegende „Hokkeystick-Theorie“, nach der eine Parallelität von rapider Industrialisierung, Kohlendioxidemissionen und Temperaturanstieg vorliegt, ist mittlerweile mehrfach widerlegt worden. Ein oft behaupteter „wissenschaftlicher Konsens“ besteht nicht.

Dagegen führt die Erfüllung des Kyoto-Abkommens zu unverhältnismäßigen Belastungen:

- **Arbeitsplatzverluste:** Eine Studie des Berliner Instituts für politische Analysen und Strategie (IPAS) und des International Council for Capital Formation (ICCF) kommt zu dem Ergebnis, daß die durch Umsetzung des Kyoto-Protokolls gestiegenen Energiekosten bis 2010 zu einem (weiteren) jährlichen Minus von 318.000 Arbeitsplätzen in Deutschland führen werden. Bis 2025 würden Kyoto jährlich zwischen 519.000 und 622.000 Arbeitsplätzen geopfert.
- **Kostennachteile:** Die konsequente Durchsetzung des Kyoto-Regimes wird in Deutschland voraussichtlich zu Kosten von 15 Milliarden Euro und um bis zu 40 % gestiegenen Energiepreisen führen. Die Verwaltungs- und Beratungskosten für Unternehmen, die am Emissionshandel teilnehmen, sind bereits jetzt oft höher, als die Kosten für die Emissionsberechtigungen.
- **Standortnachteile:** Es ist nicht zu erwarten, daß die Mehrheit der Kyoto-Vertragsstaaten ihre Emissionsziele erreichen wird, daß China und Indien bereit sind, sich auf Emissionsreduktionen einzulassen, und daß die Staaten der *Asia-Pacific Partnership on Clean Development and Climate* die Philosophie des Kyoto-Abkommens zum Emissionshandel übernehmen werden. Damit ist der EU-Emissionshandel zum gravierenden Standortnachteil für die betroffenen Volkswirtschaften geworden.

3. Schlußfolgerungen für den 2. Nationalen Allokationsplan

Insofern der 2. Nationale Allokationsplan ein Einstieg in den Ausstieg aus dem Kyoto-Mechanismus darstellt, sind seine Intentionen zu begrüßen.

Begrüßt wird insbesondere die kostenlose Vergabe der Emissionsberechtigungen statt der ursprünglich vorgesehenen Versteigerung. Diese sollte sich vor allem an den tatsächlichen Bedürfnissen des produzierenden Gewerbes orientieren.

Befürwortet wird außerdem die vorgesehene Privilegierung von Kleinemittenden und die unterschiedliche Behandlung von Industrie und Energieproduzenten.

Dagegen ist der Bereich JI/CDM zu hinterfragen: So würde zum Beispiel Rußland, das ansonsten mitteleuropäischen Umweltstandards ablehnend gegenübersteht, aufgrund seines Zertifikateüberhangs von solchen Maßnahmen bedeutend profitieren. Der kostenlose Technologietransfer in Länder mit Demokratiedefiziten auf Ko-

sten der deutschen Energiekunden – ohne jede Gegenleistung – widerspricht jedoch jeder politischen und wirtschaftlichen Vernunft.

Um schwerwiegende Standortnachteile, Fehlallokationen im Umweltschutz und weitere soziale Verwerfungen abzuwenden, sollte sich die Bundesregierung deshalb gemeinsam mit ihren EU-Partnern um einen schnellen Ausstieg aus dem Kyoto-Abkommen bemühen.

Kontakt: CFACT Europe e. V.
PF. 110111
D-07722 Jena

research.unit@cfact-europe.org
www.CFACT.eu